



Die russische Februarrevolution 1917

HANS HAUTMANN

Russland hat 1917 binnen acht Monaten zwei Revolutionen erlebt. Dieser beispiellose geschichtliche Vorgang zeigte, dass sich, beginnend mit den Ereignissen von 1905, der Hauptknotenpunkt der Klassenwidersprüche in das Zarenreich verlagert hatte und bestätigte die Revolutionstheorie Lenins, der zufolge die internationale Front des Kapitals nicht unbedingt in den industriell hochentwickelten Ländern zerreißen wird, sondern dort, wo sie am schwächsten ist.

Die erste russische Revolution des Jahres 1917 blieb aus der Sicht der Geschichtsschreibung, auch der marxistischen, oft im Schatten der zweiten, noch radikaleren des Oktober. Sie hatte jedoch im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Umwälzungen, die am Ende des Ersten Weltkrieges auch Deutschland und die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns erfassten, ein eigenständiges Profil und sogar die führende Stelle inne. Nirgendwo anders war das aktive Eingreifen der Volksmassen in den Gang der Dinge größer und ihre organisierte Machtkonzentration in Form der Arbeiter- und Soldatenräte gefestigter, nirgendwo anders drangen die Ergebnisse der Klassenkämpfe so dicht an die Grenzen der Vereinbarkeit mit bürgerlichen Verhältnissen vor, ja überschritten sie bisweilen.

Die Februarrevolution legte in wenigen Tagen die Jahrhunderte alte Monarchie der Romanows in Trümmer und war die bedeutendste bürgerlich-demokratische Revolution ihrer Zeit. Sie räumte die reaktionären autokratischen Strukturen weg und machte mit einem Schlag Russland zum Land mit den am weitesten gehenden politischen Freiheiten. Dieses Beispiel gab der Antikriegsbewegung in Deutschland und Österreich-Ungarn, Staatsgebilden, die jetzt dem Stand der demokratischen Errungenschaften in Russland nachhinkten, mächtige Impulse. Nachfolgend sollen die Februargeschennisse als erste siegreiche Volksrevolution in der Epoche des Imperialismus geschildert werden, denn sie sind

nicht nur für das Verständnis unserer eigenen österreichischen Geschichte der Jahre 1917 und 1918 von Belang, sondern auch für jene Kräfte, die mit dem Ziel demokratischen, sozialen und politischen Fortschritts Auswege aus der gegenwärtigen Situation suchen, die der globalisierte Kapitalismus der Menschheit zumutet.

Der Verfall der Wirtschaft

Russland mobilisierte von 1914 bis 1917 an die 13,5 Millionen Soldaten, fast durchwegs Bauernsöhne, was für die Agrarwirtschaft einen erheblichen Ausfall an Arbeitskräften zur Folge hatte. Die Zahl der Gefallenen überstieg zwei Millionen, während die der Invaliden mit 4,5 Millionen der Einwohnerschaft der ganzen Schweiz entsprach. Weitere drei Millionen befanden sich in deutscher und österreichisch-ungarischer Kriegsgefangenschaft.

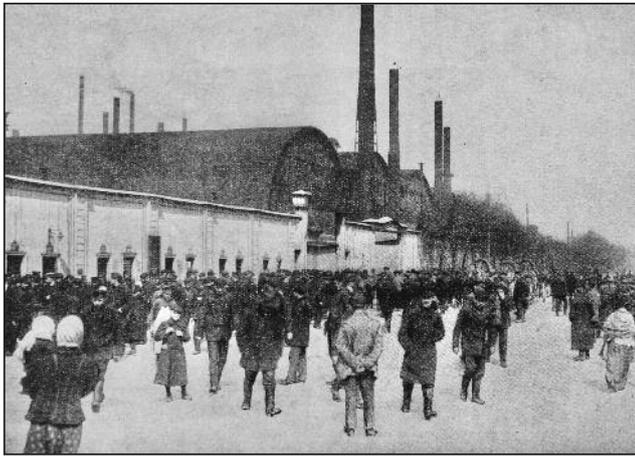
Schon 1914 wurden schwere Mängel bei der Bewaffnung der Armee sichtbar. Die Artillerie war wegen ungenügender Munitionsvorräte und schleppenden Nachschubs gezwungen, sparsam zu feuern. Bei Kriegsausbruch fehlten 400.000 Gewehre zur Bewaffnung der Einberufenen; im Oktober 1914 hatte sich diese Zahl bereits verdoppelt. Sogar 1916 gab es in der Frontarmee noch Hunderttausende unbewaffneter Soldaten, von denen ein Teil hier erst durch Übernahme der Gewehre von Gefallenen und Verwundeten das Auslangen finden konnte.

Ungeachtet eines gewissen Wachstums der Kriegsproduktion blieben die Kapazitäten der russischen Industrie sehr begrenzt. Die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg verlief infolge der ökonomischen und technischen Rückständigkeit und des schwerfälligen bürokratischen Staatsapparats nur zögernd und langsam. Die Zahl der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter war, verglichen mit 1913, zwar fast auf das Doppelte gestiegen, aber die Produktivität nahm ab. 1916 mussten 36 von 151 vorhandenen Hochöfen stillgelegt werden, weil

die Belieferung mit Kohle ins Stocken geriet. Die Kriegsindustrie nahm einen gewaltigen Teil der Rohstoffe, der Arbeitskräfte, der Geldmittel in Anspruch und konnte die Aufträge der Armee doch nur zu etwa der Hälfte bewältigen, obwohl auf die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung kaum noch irgendwelche Rücksicht genommen wurde. Unter den Heereslieferanten und Beamten des Nachschubwesens breitete sich schlimmer als je zuvor die Seuche der Korruption aus; minderwertige Stiefel, Uniformen, Konserven zeugten davon, wie skrupellos der Staat betrogen wurde.

Katastrophale Zustände herrschten im Transportwesen, dem in Russland mit seinen riesigen Entfernungen und seinem sehr weitmaschigen Eisenbahnnetz eine noch weit größere Bedeutung zukam als in irgendeinem anderen Land. Es kam oft vor, dass die Militärverwaltung beladene Güterzüge anhielt, die Waren hinauswerfen ließ und die geleerten Waggons für die Truppentransporte benützte. Die Eisenbahnwerkstätten waren mit defekten Lokomotiven überfüllt, längs der Bahndämme lagen demolierte Waggons, an den Knotenpunkten stauten sich nicht ausgeladene Züge, und im allgemeinen Wirrwarr fand sich niemand mehr zurecht.

Die dadurch ausbleibenden Getreidelieferungen verschärften die Lebensmittelkrise in den Industriezentren. Die Desorganisation der Brotversorgung eskalierte, denn die Bauern reduzierten den Anbau schon deshalb, weil die amtlich vorgeschriebenen Preise sie nicht befriedigten. Die Getreideproduktion sank aber auch noch aus anderen Gründen. Etwa 40 Prozent der Bauernhöfe hatten keine männlichen Arbeitskräfte mehr, weil sie zur Armee eingezogen waren. Die Heeresverwaltung requirierte nach und nach fünf Millionen Pferde und 20 Millionen Stück Vieh. Die Getreideernte von 1916 machte nur 75 Prozent derjenigen von 1914 aus. Im Herbst 1916 musste man vor den Bäckerläden schon Schlange stehen.



Putilow-Arbeiter verlassen das Werk nach Ausrufung des Generalstreiks am 10. März 1917.

Rasch zerfiel das Finanz- und Geldwesen. Die Gesamtausgaben Russlands für den Krieg erreichten die enorme Höhe von 41,4 Milliarden Rubel. Sofort nach Kriegsausbruch wurden verschiedene neue Steuern eingeführt und die alten Abgaben erhöht. Um die Kriegsausgaben zu decken, stellte die Regierung zunächst den freien Umtausch von Banknoten in Gold ein und schritt dann zu einer verstärkten Emission von Papiergeld. Dieses vermehrte sich inflationär, und der Goldfonds der Staatsbank deckte, verglichen mit 1914 mit 98,2 Prozent, 1917 nur noch 6,8 Prozent der umlaufenden Noten. Auf Druck der verbündeten Ententemächte musste ein Teil des russischen Goldvorrats nach London überführt werden. Der Index der Warenpreise stieg von 1914 = 100 auf 1917 = 702. Die wichtigste Finanzierungsquelle waren neben der Inflation aber die In- und Auslandsanleihen. Die Staatsschulden erhöhten sich von 8,8 Milliarden Rubel im Jahr 1913 auf 50 Milliarden Rubel im Jahr 1917. Russland wurde von seinen ausländischen Gläubigern immer abhängiger. Daran waren die Alliierten in London und Paris sehr interessiert, weil sie damit gute Ausgangspositionen für ein verstärktes Eindringen in die russische Wirtschaft der Nachkriegszeit erwarteten.

Die Bourgeoisie

Durch die Februarrevolution wurde die russische Großbourgeoisie für acht Monate zur herrschenden Klasse. Ihrer politischen Einstellung nach war sie oktobristisch-kadettisch. Der oktobristische, reaktionäre Flügel vertrat primitiv-räuberische Methoden der kapitalistischen Ausbeutung, während die Kadetten die ökonomisch progressiveren Schichten der Bourgeoisie verkörperten, die die neuesten „europäischen“ Ausbeutungsformen ausnützten. Diese Fraktion hatte

innerhalb der russischen Kapitalistenklasse in der Kriegszeit die Dominanz inne.

Das kadettisch-liberale Bürgertum war stolz darauf, dass das russische Volk an der Seite der westlichen Demokratien gegen das wilhelminische Deutschland und das habsburgische Österreich-Ungarn kämpfte. Man gab sich der Hoffnung hin, dass die Allianz mit Frankreich und Eng-

land dazu beitragen werde, auch Russland in einen konstitutionell geordneten, liberalen Staat zu verwandeln. Man wusste, dass die zaristische Bürokratie den mit der Kriegführung verbundenen organisatorischen Aufgaben nicht gewachsen sein und sie deshalb die Mitwirkung des Unternehmertums, der Banken und der bürgerlichen Selbstverwaltungskörper wie des Städte- und Semstwo-Verbandes benötigen werde. Man war davon überzeugt, dass die Bourgeoisie durch die Ausübung verantwortungsvoller Funktionen rasch eine politisch einflussreiche Stellung gewinnen werde.

So ist es auch gekommen. 1915 wurden zur Unterstützung des Regierungsapparats mehrere koordinierende Organe geschaffen, die die Kriegswirtschaft regulieren sollten, darunter die Komitees für die Kriegsindustrie. Deren zentrale und örtliche Instanzen setzten sich aus führenden Industriellen und Vertretern der Banken zusammen und wurden zum Hebel, um die ökonomischen und politischen Positionen der Großbourgeoisie zu festigen.

Die interessanteste Initiative in dem Zusammenhang bestand darin, unter Mitwirkung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre Vertreter der Arbeiterschaft in die Komitees für Kriegsindustrie einzubeziehen – klarerweise mit dem Ziel, auf diese Weise die Arbeitsproduktivität in den Fabriken und Rüstungsbetrieben zu erhöhen und die Arbeiter unter bourgeoisem Einfluss zu bringen. Dabei war man aber gezwungen, gegenüber den zaristischen Behörden das Recht der Arbeiter auf Einberufung von Versammlungen zur Wahl ihrer Delegierten in die Kriegsindustriekomitees zu verteidigen und gegen Verhaftungen der gewählten Arbeitervertreter zu protestieren. Diese Umstände, aus ökonomischen Notwendigkeiten der Bourgeoisie erwachsen, führten dazu, dass im

Krieg erstmals wieder öffentliche Arbeiterversammlungen stattfinden konnten. Sie wurden zum Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen menschevistisch, sozialrevolutionär und bolschewistisch orientierten Arbeitervertretern und halfen mit, die politischen Haltungen im Vorfeld der Februarrevolution 1917 zu klären. Während die Menschewiki für die Beteiligung eintraten, betrieben die Bolschewiki eine energische Agitation für den Boykott der Kriegsindustriekomitees und erzielten dabei einen wichtigen Erfolg: nur in 36 von 239 örtlichen Komitees für die Kriegsindustrie gelang es, Arbeitergruppen zu gründen.

Die Bauernschaft

1914 betrug die bäuerliche Bevölkerung Russlands 109,1 Millionen Menschen (von 139,3 Millionen Gesamtbevölkerung). Sie stellte somit die zahlenmäßig weitaus stärkste Klasse, in der die Differenzierung zwischen Kulakentum, Mittelbauern und Dorfarmut bereits deutlich vorangeschritten war. Über 65 Prozent der Bauernschaft zählte zur Dorfarmut.

Einige der gravierenden Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Bauern wurden bereits skizziert (Einberufungen zur Armee, Requirierungen von Pferden und Vieh, drastische Reduzierung der männlichen Arbeitskräfte auf den Bauernhöfen). Aber auch die Aussaatfläche, Ertragsfähigkeit und Bruttoproduktion gingen zurück, wobei sich die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitsgeräten, verglichen mit 1913, um das Zehnfache verringerte. Ein Drittel der Wirtschaften besaß kein Zugvieh mehr. Die Hauptlast des Krieges lag auf der Dorfarmut, während die wohlhabenden Kulaken gewannen. Diese bereicherten sich am Getreideverkauf, pachteten und kauften Land von den Verarmten.

In derselben Zeit beherrschte die zahlenmäßig geringe Gutsbesitzerklasse gewaltige Ländereien. Der durch Landlosigkeit und die durch den Krieg hervorgerufene Not verschärfte Gegensatz zwischen Bauern und Gutsbesitzern blieb aber über die Februarrevolution 1917 hinaus noch eine ganze Weile latent. Die Bauernschaft, die von der neuen Regierung die Durchführung einer Agrarreform auf der Grundlage der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes und seiner ausgleichenden Verteilung erwartete, überzeugte sich nicht sofort von der Un erfüllbarkeit ihrer Hoffnungen, weil sie mehrheitlich unter dem Einfluss der kleinbürgerlichen Partei der Sozialrevolutionäre stand. Erst als im Juli 1917 die

Provisorische Regierung ihr konterrevolutionäres Wesen offenbarte, indem sie die Agrarreform verschob und die Bauernbewegung rigoros mit Strafmaßnahmen unterdrückte, erhöhte sich die Zahl der von Unruhen betroffenen Gouvernements, um im September/Oktober in einen regelrechten Bauernkrieg in Zentralrussland, dem mittleren Wolgagebiet, Weißrussland und der Ukraine überzugehen.

Die nun auch in Sowjets organisierten Bauernmassen vollzogen eine Linksentwicklung; die Autorität der Sozialrevolutionäre ging zurück, der Einfluss der Bolschewiki, die danach trachteten, die vielfältigen Formen des Bauernprotestes aus dem Zustand der Spontaneität in Richtung revolutionärer Organisiertheit zu lenken, stieg. Wichtig war dabei die Rolle spezieller Abgesandter bolschewistischer Proletarier aus den Industriezentren ins Dorf, die in diesem Sinne wirkten.

Die Arbeiterschaft. Streiks

Die Februarumwälzung 1917 sollte zeigen, dass die reale Kraft der russischen Arbeiterklasse unvergleichlich größer war als ihr verhältnismäßig kleiner Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes (etwa 10 Prozent ohne Familienangehörige). Insgesamt gehörten 1917 zum Proletariat rund 15 Millionen Menschen. Die Vorhut dieser proletarischen Armee, die Industriearbeiterschaft, umfasste etwa 3,5 Millionen.

Der Krieg führte zu bedeutenden Veränderungen in der sozialen, beruflichen und personellen Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Infolge der Mobilisierung der Stammarbeiter und des Zulaufs kleinbürgerlicher Elemente in die Betriebe verringerte sich der Anteil klassenbewusster Arbeiter. Der ursprüngliche proletarische Kern, der den Ton in der Arbeiterbewegung angab, blieb aber doch in den großen Industriezentren erhalten. Dort wuchs auch der Anteil der Metallarbeiter durch die sich entwickelnde Kriegsproduktion. Absolut und relativ erhöhte sich die Zahl der Arbeiterinnen. In der Industrie betrug der Anteil der Frauen am 1. Jänner 1917 40 Prozent der Beschäftigten. Besonders stark waren die Arbeiterinnen in der Textilindustrie vertreten; aber auch in der metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau vermehrte sich ihr Belegschaftsstand.

Der Krieg trieb die für die russische Industrie charakteristische hohe Konzentration der Arbeiter in Großbetrieben weiter voran. Besonders in Petrograd (mit Umgebung) waren in einer kleinen Zahl von Großbetrieben (solchen mit



Kundgebung von Arbeitern und Soldaten in Petrograd, März 1917.

über 1000 Arbeitern) mehr als zwei Drittel der Industriearbeiter der Hauptstadt präsent. Das galt auch für die anderen industriellen Ballungsgebiete (Moskauer Gebiet, Donbaß, Kriwoi Rog, Baltikum, Baku). 1917 gab es in Petrograd mehr als 400.000 Fabrikarbeiter, im Moskauer Industriegebiet etwa eine Million. Diese Massenkonzentration an entscheidenden Punkten des Landes, besonders in den politischen Zentren, kompensierte den geringen Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung Russlands. Dazu kam, dass im Bildungsniveau (die meisten Arbeiter konnten lesen und schreiben) das Industrieproletariat die anderen Schichten der Werkstätigen übertraf. Das höchste Bildungsniveau war unter den Metallarbeitern anzutreffen.

Insgesamt war, verglichen mit Mittel- und Westeuropa, das gesellschaftliche und politische Wesen des russischen Proletariats durch ein hohes Niveau revolutionärer Bewusstheit gekennzeichnet, nicht zuletzt erworben durch die Erfahrungen der Klassenkämpfe der Jahre 1905 bis 1907. Auch die Schwäche der Oberschicht in ihren Reihen, der „Arbeiteraristokratie“, das Fehlen von Nurgewerkschaftertum und von tradeunionistischen Traditionen trugen zur hohen revolutionären Kampfkraft der russischen Arbeiterschaft bei.

Sichtbar wurde das in der Streikbewegung. Von August bis Dezember 1914 gab es 68 Streiks, 1915 waren es mehr als 1000 und 1916 über 1500. Die Zahl der Streikenden stieg dementsprechend im gleichen Zeitraum von 34.000 über 540.000 auf mehr als eine Million. Von Jahr zu Jahr erhöhte sich der Anteil der politischen Streiks, doch nahmen auch

die Arbeitsniederlegungen gegen Teuerung und Versorgungsschwierigkeiten sowie solche zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen sehr häufig politische Färbung an. Die Zarenregierung griff zu Unterdrückungsmaßnahmen, die besonders 1915 häufig und brutal angewandt wurden. In Kostroma und Iwanowo-Wosnessensk schossen Polizisten und Soldaten auf Streikende.

An der Spitze des Streikkampfes standen die Petrograder Arbeiter. In den Putilow-Werken, dem größten Rüstungsbetrieb, richteten sich 1916 die Arbeitsniederlegungen bereits ausdrücklich gegen die Fortsetzung des Krieges. Während der Streiks fanden auch schon Demonstrationen mit roten Fahnen und dem Absingen revolutionärer Lieder statt. Ende November 1916, als die Mehrheit der Duma die Zarenregierung heftig attackierte, erschien beim Duma-Präsidenten Rodzjanko eine von 10.000 Putilow-Arbeitern entsandte Delegation, um ihm für den Kampf gegen das Regime bewaffnete Unterstützung in Aussicht zu stellen. Die Belegschaften anderer Betriebe gaben ähnliche Erklärungen ab. Im Jänner 1917 gedachten 100.000 Petrograder Arbeiter und Arbeiterinnen der Opfer des Blutsonntags von 1905. Im Wyborger Bezirk fanden gemeinsame Demonstrationen von Arbeitern und Soldaten unter der Losung „Nieder mit dem Krieg!“ statt. Auch von der Front trafen Nachrichten über defätistische Stimmungen unter den soldatischen Bauernsöhnen ein. Es kamen bereits Fälle vor, dass ganze Regimenter sich weigerten, Sturmangriffe zu unternehmen. Die Zahl der Deserteure und Selbstverstümmelter nahm zu. Wofür auch kämpften, hieß es,

wenn uns diese Regierung doch nie Land geben wird.

Krisensymptome des Regimes

Währenddessen wurde die Fäulnis des zaristischen Systems immer offenkundiger. Eines der Anzeichen dafür war die groteske Laufbahn des „Wunderheilers“ und „Hellsehers“ Rasputin, der es verstand, die (aus deutschem Adelsgeschlecht stammende) Zarin und über sie auch Nikolaus II. unter seinen Einfluss zu bringen. Von Rasputin, um den sich Abenteurer und zwielichtige Gestalten scharten, hingen Berufungen auf wichtige Posten ab, ihm verdankten viele Minister ihre Karriere. Der Verfall des zaristischen Staatsapparats äußerte sich auch im ständigen Ministerwechsel: Innerhalb von zwei Kriegsjahren wurde der Ministerpräsident viermal, der Innenminister sechsmal und der Außenminister dreimal abgelöst. Die letzten Ministerpräsidenten des Jahres 1916, Stürmer, Trepow und Golizyn, zeichneten sich überdies durch skandalöse Ignoranz und Unfähigkeit aus.

Die russische Bourgeoisie gewann immer mehr die Überzeugung, dass die zaristische Regierung weder den Krieg siegreich beenden noch die ständig wachsende revolutionäre Bewegung aufhalten könne. Die Oktobristen, Kadetten und andere bürgerliche Parteien schlossen sich in der Duma zum „Progressiven Block“ zusammen, dessen Programm die Verhütung der Revolution, die Erhaltung der Monarchie, die Teilung der Macht zwischen Gutsbesitzerklasse und Bourgeoisie und die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg vorsah. Ebenso traten Teile des Adels in Opposition, hauptsächlich aus dem Grund, die als deutschfreundlich geltende Clique um Rasputin zu beseitigen. Die Tatsache, dass nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Gutsbesitzer von der Selbstherrschaft abrückten, zeugte von der tiefen Krise innerhalb der Oberschichten und vom nahenden Zusammenbruch des zaristischen Systems.

Der Klüngel um Nikolaus II. wollte die Revolution und die bürgerliche Opposition nach einem eigenen Plan bekämpfen. Dieser sah neue Repressalien gegen die Arbeiterbewegung und ein verschärftes Vorgehen gegen die Antikriegsaktionen der Massen, die Verstärkung des Militär- und Polizeiapparats mit einer Erweiterung seiner Funktionen auch auf wirtschaftlichem Gebiet und die Auflösung bürgerlicher Organisationen sowie der Reichsduma vor. Das wiederum überzeugte Kreise der Großbourgeoisie davon, dass eine „friedliche“ Verständigung

mit Nikolaus II. zum Ding der Unmöglichkeit geworden war. Sie wollten den minderjährigen Kronprinzen Alexej auf den Thron setzen und dem Großfürsten Michail Alexandrowitsch, einen Bruder Nikolaus II., die Regentschaft übertragen. Die Führer der Bourgeoisie nahmen Verhandlungen mit einer Gruppe von Generälen auf, die die Verschwörung mit ihren Truppen unterstützen sollten. Zu einem entschlossenen Vorgehen wurde die russische Bourgeoisie auch von den englischen und französischen Imperialisten gedrängt, die befürchteten, ihren Verbündeten durch einen deutsch-russischen Separatfrieden zu verlieren. Die diplomatischen Vertreter der Ententemächte in Petrograd beteiligten sich sogar unmittelbar an der Vorbereitung der geplanten Palastrevolte.

Die extrem rechten Kreise wurden ebenfalls aktiv. Ende 1916 ermordeten Fürst Jussupow und andere Adelige Rasputin bei einem Trinkgelage in der Hoffnung, dass der Zar „sich besinnen“ werde. Die Mörder müssen unter mächtigem Schutz gestanden haben; sie gingen straflos aus und wurden mit Gratulationen überschüttet.

Auf die Beseitigung Rasputins reagierte Nikolaus II. unter dem Einfluss seiner Gattin Alexandra Fjodorowna mit einer noch entschiedeneren Schwenkung nach rechts. Im Oberhaus der Duma mussten die Mitglieder des „Progressiven Blocks“ ihre Sitze Vertretern der extrem reaktionären Richtung überlassen. Es war die von den Volksmassen als Triebkraft getragene Februarrevolution 1917, die dann sowohl die bürgerlich-gutsbesitzerliche Verschwörung als auch den vom Zarismus vorbereiteten Staatsstreich verhinderte.

13 dramatische Tage

Am 18. Februar (3. März) 1917 – wir verwenden künftig die Daten nach dem gregorianischen Kalender – brach in den Putilow-Werken ein erneuter Streik gegen den Brotmangel und die Teuerung aus. Die militärische Leitung ließ den Betrieb schließen und verfügte die Aussperrung von 30.000 Belegschaftsmitgliedern. Lawinenartig dehnten sich daraufhin Solidaritätsstreiks auf andere Petrograder Betriebe aus. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gingen die Arbeiterinnen aus Protest gegen Hunger und Krieg auf die Straße. An der Demonstration beteiligten sich 90.000 Menschen und es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Am folgenden Tag, dem 9. März, hatte sich die Zahl der Streikenden be-

reits mehr als verdoppelt, auf 200.000. Am 10. März wuchs die Bewegung in den allgemeinen politischen Streik hinüber unter den Losungen „Nieder mit dem Zaren!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Brot!“ 250.000 Menschen strömten mit roten Fahnen in das Stadtzentrum. Es begannen erbitterte Handgemenge mit der Polizei, der die Soldaten nur widerwillig halfen. Sogar die Kosaken, die als die zuverlässigsten Helfer des zaristischen Regimes galten, wurden schwankend. Sie machten am 10. März da und dort schon von ihren Säbeln Gebrauch, um der Polizei Verhaftete zu entreißen. Solche Erscheinungen mehrten sich.

Am Abend des 10. März erteilte der Zar aus seinem Hauptquartier in Mogilew dem Kommandierenden des Petrograder Militärbezirks, General Chabalow, telegrafisch den Befehl, „mit der Unordnung Schluss zu machen“ und auf die Demonstranten zu schießen. Chabalow ließ auf Dächern Maschinengewehre in Stellung bringen und alle Brücken militärisch besetzen, um das Stadtzentrum von den proletarischen Bezirken zu trennen.

Am 11. März, einem Sonntag, entbrannte in Petrograd eine richtiggehende Schlacht. Trotz der Absperrungen tauchten überall große Menschenmengen auf. Dem Befehl, Feuer zu geben, gehorchte die Truppe auf dem Newski-Prospekt, wo 60 Demonstranten getötet wurden. An anderen Orten hingegen schossen Soldaten bereits auf die Polizei. Wo Gewehre in Anschlag gebracht wurden, klammerten sich oft Frauen daran und baten, nicht auf das Volk zu schießen. Soldaten flehten die Menge an, auseinanderzugehen, damit sie nicht gezwungen sein würden, sich mit Blut zu beflecken. Der Kampf erreichte seinen Höhepunkt und die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg stand unmittelbar bevor.

Sie fiel, als am Morgen des 12. März eine Kompanie des Wolhynischen Garderegiments zu meutern begann. Sie setzte ihren seit langem verhassten Kommandanten ab und erschoss ihn, als er über den Kasernenhof flüchtete. Wenige Minuten später ging das ganze Regiment auf die Seite der Revolution über. Die Preobraschenski- und Litowski-Garderegimenter folgten diesem Beispiel sofort.

Die Soldaten der drei Elitetruppen marschierten zum Wyborger Stadtbezirk, dem Zentrum der sich entfaltenden Revolution, verbrüderten sich unter unbeschreiblichem Jubel mit den Arbeitern, besetzten das Arsenal, die Lagerräume der Patronenfabrik, das Depot der Artillerie und sämtliche Bahnhöfe. Gewehre

und Munition wurden Arbeitern ausgehändigt, die gemeinsam mit den Soldaten auf beschlagnahmten und mit roten Fahnen geschmückten Lastautos und Panzerwagen durch die Straßen fuhren. Die Arbeiter und Soldaten öffneten die Gefängnistore, befreiten die politischen Gefangenen, verhafteten Polizisten, zaristische Würdenträger und Generäle, entwaffneten Offiziere, entfernten die Embleme der zaristischen Selbstherrschaft und zerstörten Polizeireviere.

Die Vereinigung der proletarischen Bewegung mit dem Soldatenaufstand veränderte das Kräfteverhältnis grundlegend. Am 12. März gingen 60.000 Soldaten der Petrograder Garnison auf die Seite der Revolution über, am 13. März waren es bereits mehr als 120.000 und am 14. März schließlich 170.000. Die Hauptstadt Russlands befand sich vollständig in den Händen der Arbeiter und Soldaten, auf den Gebäuden wehten rote Fahnen. Das Schicksal der Zarenmonarchie war besiegelt.

Der Schlussakt

Noch aber klammerte sich der Zarismus an seine Herrschaft und leistete hartnäckigen Widerstand. Im Hauptquartier ließ Nikolaus II. über Petrograd den Ausnahmezustand verhängen und ernannte den General Iwanow zum Militärdiktator mit dem Befehl, zuverlässige Truppen von der Front abzuziehen, um die „Unruhen zu unterdrücken“. An der „Wiederherstellung der Ordnung“ und daran, der Revolution Zügel anzulegen, ja sogar an der Erhaltung der monarchischen Staatsform, war die russische Bourgeoisie durchaus interessiert. Sie plante sogar, den Bruder des Zaren, den Großfürsten Michail, als Regenten einzusetzen. Dem machte jedoch die Ausdehnung der revolutionären Bewegung auf Moskau am 13. März, wo der Aufstand einen ähnlichen Verlauf wie in Petrograd nahm, auf Städte wie Nishni Nowgorod, Charkow, Odessa und auf die Matrosen der Baltischen Flotte in Kronstadt, Reval (Tallinn) und Helsingfors (Helsinki) einen Strich durch die Rechnung.

Als der Zar in der Nacht vom 14. auf den 15. März zur Beschwichtigung ein Manifest unterzeichnete, das die Berufung eines dem Parlament verantwortlichen Ministerkabinetts verhiess, antwortete ihm der Duma-Präsident Rodzjanko (ein Oktobrist), dass dieses Zugeständnis viel zu spät käme; erforderlich sei nunmehr die Abdankung des Zaren. Die bürgerlichen Duma-Abgeordneten bildeten ein Komitee, das die Bildung ei-

ner neuen Regierung vorbereiten sollte. Ihm gehörten unter anderem Rodzjanko, der Kadettenführer Miljutin, der Oktobrist Gutschkow, aber auch der Menschewik Tschcheidse und der Trudowik Kerenski als „linke“ Aushängeschilder an. Der Schachzug war wohlüberlegt. Kerenski (der nach der Februarevolution zu den Sozialrevolutionären überging) hatte sich als Rechtsanwalt und durch sein Auftreten in politischen Prozessen das Ansehen eines bewährten Vertreters der unteren Klassen erworben. Er war als Redner bei den Arbeitern und Soldaten sehr populär, geizte nicht mit revolutionären Phrasen und theatralischen Gesten eines „Volkstribuns“, was in der ersten Zeit seinen Eindruck auf einen beträchtlichen Teil der Massen nicht verfehlte. Ihm war jetzt die Aufgabe zugeordnet, die Arbeiterschaft zur Anerkennung des kommenden, überwiegend bürgerlichen Ministerkabinetts zu bewegen.

Unter aktiver Mitwirkung Tschcheidses, der Vorsitzender des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats wurde, und Kerenskis entstand so der Mythos von der führenden Rolle des bürgerlichen Duma-Komitees in der Revolution, der es der Bourgeoisie erleichterte, die Staatsmacht zu erringen.

Am 15. März wurde zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Duma-Komitee vereinbart, dass der Zar abgesetzt, eine provisorische Regierung gebildet und die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung in Aussicht genommen werden sollte. Am Nachmittag wurde die Liste der neuen Minister bekanntgegeben. Fürst Lwow (Vorsitzender des bürgerlichen Städte- und Semstwoverbandes) wurde Ministerpräsident und Innenminister, Miljukow Außenminister, Gutschkow Kriegs- und Marineminister, Kerenski Justizminister. Seiner bediente man sich, um die moralische Basis des neuen Regimes nach links zu erweitern. Gleichzeitig auch Mitglied des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats, strich Kerenski seine „patriotische Überparteilichkeit“ hervor und erklärte den Sowjetdelegierten, wie wichtig es sei, die bürgerliche Regierung



Feier des 1. Mai 1917 in Petrograd

durch einen „Vertreter der Werktätigen“ kontrollieren zu lassen.

Ein letzter Versuch Miljukows, die monarchische Staatsform beizubehalten, scheiterte. Seine Ankündigung, dass das Volk, sobald die „Gefahr der Anarchie“ vorüber sei, eine Konstituante werde wählen können, der allein die endgültige Entscheidung über die Staatsform zustehe, rief in der Bevölkerung Petrograds stürmische Protestkundgebungen mit der Forderung nach Ausrufung der Republik hervor. Am Abend des 15. März unterzeichnete Nikolaus II. seine Abdankungs-urkunde; fortan wurde er mit Frau und Kindern im Schloss Zarskoje Selo interniert und scharf bewacht. Als auch Großfürst Michail am 16. März auf ein von Kerenski und Lwow formuliertes Verzichtsmantest seine Unterschrift setzte, war der Zarismus gestürzt. Russland nahm die Form einer bürgerlich-demokratischen Republik an. Schon wenige Tage darauf wurde die neue Regierung von den USA, Frankreich, England, Italien, Belgien und anderen Staaten anerkannt.

Die Sowjets

Nicht durch Kapitalisten und Grundbesitzer, sondern durch Arbeiter und Soldaten ist der Zarismus beseitigt worden. Die Revolution siegte, weil die Soldaten sich schlussendlich weigerten, auf die Demonstranten zu schießen und weil – anders als in Österreich die Sozialdemokratie während des Jännerstreiks 1918 – keine Kraft vorhanden war, die sie zu be-

schwichtigen und mit allerlei Versprechungen und Vertröstungen von der Straße in die Betriebe zurückzuleiten verstand. Die Massenaktionen erfolgten führungslos, spontan und selbstinitiativ. Letzteres Phänomen fand in der Bildung von Sowjets Ausdruck.

Am Abend des 12. März 1917 trat im Sitzungssaal der Duma im Taurischen Palais der erste Arbeiter- und Soldaten-sowjet zusammen. Die Wahl der Delegierten war binnen kurzer Frist in allgemeinen Versammlungen der Arbeiter in den Betrieben und der Soldaten in den Truppenteilen vor sich gegangen. Jede Kompanie bestellte einen Deputierten, die Belegschaften der Fabriken je einen auf 1000 Arbeiter, doch hatten auch Betriebe mit weniger als 1000 Arbeitern Anspruch auf mindestens einen Sitz. Der so geschaffene Petrograder Sowjet bestand aus mehr als 1000 Mitgliedern. Weitere Sowjets konstituierten sich am 13. März in Moskau und noch ca. 400 in den Tagen danach in den Gouvernements-, Bezirks- und Industriezentren. In der Regel waren es gemeinsame Gremien der Arbeiter und Soldaten, die das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft verkörperten.

Gestützt auf die Massen begannen die Sowjets sofort als Organe der Volksmacht zu handeln. Sie erklärten die Anordnungen und Befehle der ehemaligen zaristischen Beamten für ungültig, führten die Entwaffnung und Verhaftung von Polizisten und Gendarmen durch, regelten den Lohn der Arbeiter, führten eigenmächtig den Achtstundentag ein, leiteten die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und entschieden andere ökonomische Fragen.

Von besonderer Bedeutung für die Soldaten war der am 14. März verkündete „Befehl Nr. 1“ des Petrograder Sowjets. Er verlieh den in der Armee spontan entstandenen Soldatenkomitees Gesetzeskraft, ordnete an, dass ab sofort in allen Truppeneinheiten aus der Mannschaft Soldatenräte zu wählen seien und dass die Truppenteile in allen politischen Handlungen dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten unterstellt sind. Anordnungen der militärischen Kommission der Staatsduma sollten nur dann befolgt werden, wenn sie den Befehlen und Beschlüssen der Sowjets nicht widersprachen. Den Offizieren wurde die Verfügung über die Waffen entzogen und das Waffenkontrollrecht den Kompanie- und Bataillonskomitees übertragen. Weiters stattete der Befehl Nr. 1 die Soldaten mit den Bürgerrechten aus,

stellte ihre Gleichberechtigung zu den Offizieren außerhalb des Dienstes und der Rangordnung her, verbot grobe Reden und das Duzen gegenüber den Soldaten und schaffte die Titulierung ab. Das vom radikalsten Flügel der Soldatenräte geforderte Recht auf Wählbarkeit des Kommandeursbestandes der Armee wurde hingegen nicht erfüllt. Doch dessen ungeachtet setzten die Soldaten vieler Truppenteile reaktionäre Offiziere ab und wählten Anhänger der Revolution in die Kommandostellen.

Die Mehrheit in den Sowjets stellten die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki. Das erklärte sich durch die Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft während des Krieges, die die soziale Inhomogenität verstärkten. Ein nicht geringer Teil der zur Armee einberufenen Stammarbeiter wurde durch Handwerker, Ladenbesitzer und Angehörige der Dorfbevölkerung ersetzt. An der Revolution beteiligten sich neben den organisierten, bewussten Arbeitern große Massen von Soldaten, die ihrer Herkunft nach zu den Bauern, also Kleineigentümern gehörten. Bis über den Spätsommer 1917 hinaus waren die Bolschewiki weit davon entfernt, in den Sowjets einen maßgebenden Einfluss auszuüben, ja mussten sogar kurzzeitig die von Lenin als einzigem Parteiführer aufgestellte Losung „Alle Macht den Räten!“ zurückstellen. Millionen Menschen, die in der Februarrevolution erstmalig aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnahmen, erkannten noch nicht das wahre Wesen der verschiedenen Klassen und Parteien, begeisterten sich an den erkämpften Freiheiten und vertrauten deshalb Versöhnlerparteien die Leitung der Sowjets an. Schon die Wahl Kerenskis in den Petrograder Sowjet dünkte vielen von ihnen als extrem radikal.

Die menschewistischen und sozialrevolutionären Kräfte in den Sowjets vertraten den Standpunkt, dass nun in Russland die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie auf der Tagesordnung stehe, dass die Bildung der Provisorischen Regierung aus dem bürgerlichen Charakter der Revolution resultiere, dass das Land nicht ohne den Staatsapparat regiert werden könne, dass dieser vom Zarismus hinterlassene Apparat sich nur der Bourgeoisie unterordnen werde und dass jeder Versuch, die bürgerliche Etappe zu überspringen, mit einem Fiasko enden müsse.

Dennoch sahen sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki unter dem Druck der Massen veranlasst, Schritte zu setzen, die den Interessen des aufständischen

Volkes entsprachen: Auflösung der Polizei und der zaristischen Gerichte, Bildung von Arbeitermilizen, Anordnung von Wahlen zu Volksgerichten, Verbot monarchistisch-reaktionärer Zeitungen, Beschlagnahmungen der Vorräte an Mehl und Lebensmitteln, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Auf diese Weise kristallisierte sich die merkwürdigste Erscheinung der Februarrevolution heraus.

Die Doppelherrschaft

Fünf Monate lang, von März bis Juli 1917, war die Lage in Russland durch eine historisch ganz neuartige und ihrem Wesen nach äußerst widersprüchliche Konstellation gekennzeichnet, durch die Verflechtung zweier Gewalten. Mit- und nebeneinander existierten die Macht der Bourgeoisie in Form der Provisorischen Regierung und die Macht des Volkes in Gestalt der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Sich auf ihre bewaffnete Kraft stützend hätten die Sowjets schon im März 1917 die Möglichkeit gehabt, die gesamte Macht im Lande in ihre Hände zu nehmen. Sie taten es nicht, weil die menschewistisch-sozialrevolutionäre Mehrheit in den Sowjets die Meinung vertrat, dass Russland für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei.

Am 15. März 1917 schloss (wie schon erwähnt) die Leitung des Petrograder Sowjets mit dem Dumakomitee eine Übereinkunft über die Bildung der Provisorischen Regierung, die sich, ausgenommen Kerenski, aus Repräsentanten der Kadetten und Oktobristen zusammensetzte. Für die Handlungen dieser Regierung bedang sich der Sowjet das „Kontrollrecht“ aus und das Recht, deren Verfügungen nötigenfalls für kraftlos zu erklären. Er übte gleichsam das Veto-recht in der Art der antiken römischen Volkstribunen aus. Der Unterschied zu dieser schon einmal dagewesenen Form des Einspruchsrechts war indes himmelweit und bestand darin, dass die russische Bourgeoisie im März 1917 nicht im entferntesten daran denken konnte, eine Regierung ohne die Sanktion des Petrograder Sowjets bilden zu können. Sie verfügte über keine realen Kräfte zur Niederschlagung der Volksbewegung und hielt sich nur dank des Abkommens mit dem Sowjet an der Macht. Anders als die sozialrevolutionär-menschewistische Führung war die Basis, waren die Matrosen der Kriegsflotte, die Soldaten in den Kasernen, die Arbeiter in den Fabriken, die Eisenbahner in den Reparatur- und Stellwerken, die Setzer in den Druckerei-

en von tiefstem Misstrauen gegen die Provisorische Regierung erfüllt und bereit, deren Weisungen auf einen Wink des Sowjets und seines Exekutivkomitees zu durchkreuzen. Daraus ergab sich im März 1917 sogar die Möglichkeit des Sieges der sozialistischen Revolution auf friedlichem Weg. Die bürgerliche Regierung hätte den Sowjets keinen Widerstand entgegensetzen können, wenn diese die Sowjetmacht ausgerufen hätten.

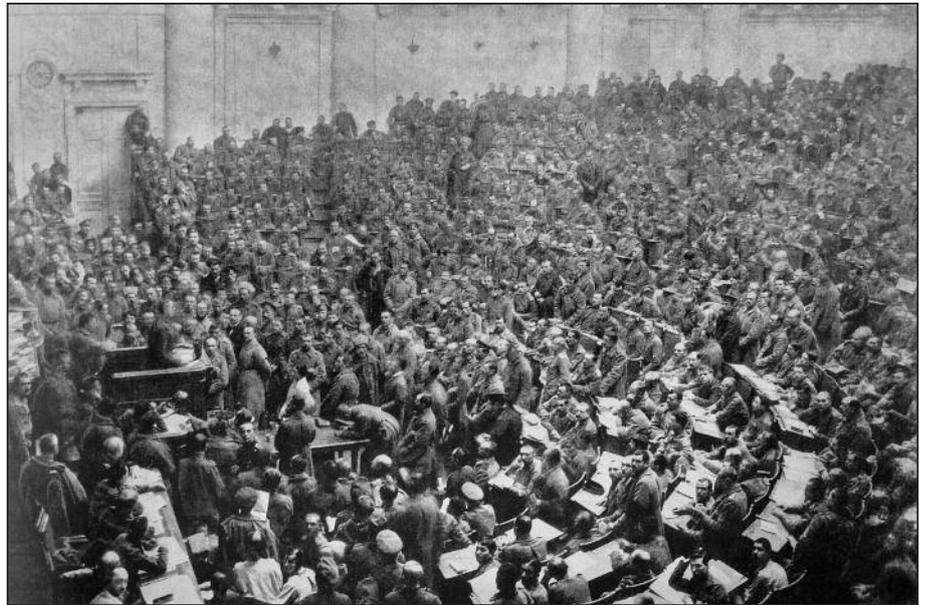
Es entstand also eine Situation, die die Bourgeoisie als unerträglich empfinden musste. Sie bemühte sich deshalb, den alten Staatsapparat zu erhalten. Nur in besonders krassen Fällen durch Vetos der Sowjets gehindert, gelang es ihr, dass der Staatsrat, die Reichsduma, der Senat, die Beamtenschaft in den Ministerien und die verschiedenen Komitees mit Verwaltungsaufgaben aus der Zarenzeit fast unangetastet bestehen blieben.

Besondere Hoffnung setzte man auf zaristische Generäle und Offiziere. Die Provisorische Regierung ernannte General Alexejew, der unter dem Zaren den Posten des Stabschefs bekleidet hatte, zum Obersten Befehlshaber und den monarchistischen General Kornilow zum Kommandanten des Petrograder Militärbezirks. Weil beide ihre konterrevolutionäre Gesinnung vorerst nicht hervorkehrten und den Wortlaut eines neuen Fahneneides vorlegten, den der Sowjet akzeptieren konnte, wurde gegen ihre Bestellung kein Veto eingelegt. Es war jedoch der Provisorischen Regierung nicht mehr möglich, den Soldaten die erkämpften Rechte zu nehmen und in der Armee wieder die Zustände der Zeit vor der Revolution herzustellen.

Um auch auf lokaler Ebene gegenüber den Sowjets reüssieren zu können, wurden als Stütze der Bourgeoisie und der Grundbesitzer in den Provinzen anstelle der Gouverneure Kommissare der Provisorischen Regierung eingesetzt, zumeist Parteigänger der Kadetten.

Und in der Erkenntnis, dass man die bürgerlichen Machtpositionen nur mit Waffengewalt behaupten konnte, ging man auch an die Aufstellung einer „Volksmiliz“, in die nur Kaufmannsöhne, Studenten und Gymnasiasten aus bürgerlichen Familien und ehemalige Polizisten aufgenommen wurden.

Die Staatsgewalt, die sich nach der Abdankung des letzten Zaren in Russland herausbildete, war somit dualistisch gegliedert. Es gab zwei Träger der Macht. Die Sowjets regierten nicht selbst, waren aber in der Lage, den Wirkungsbereich ihres bürgerlichen Gegenpols einzu-



Erster Zusammentritt des Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjets im Sitzungssaal der Duma im Taurischen Palais am 12. März 1917.

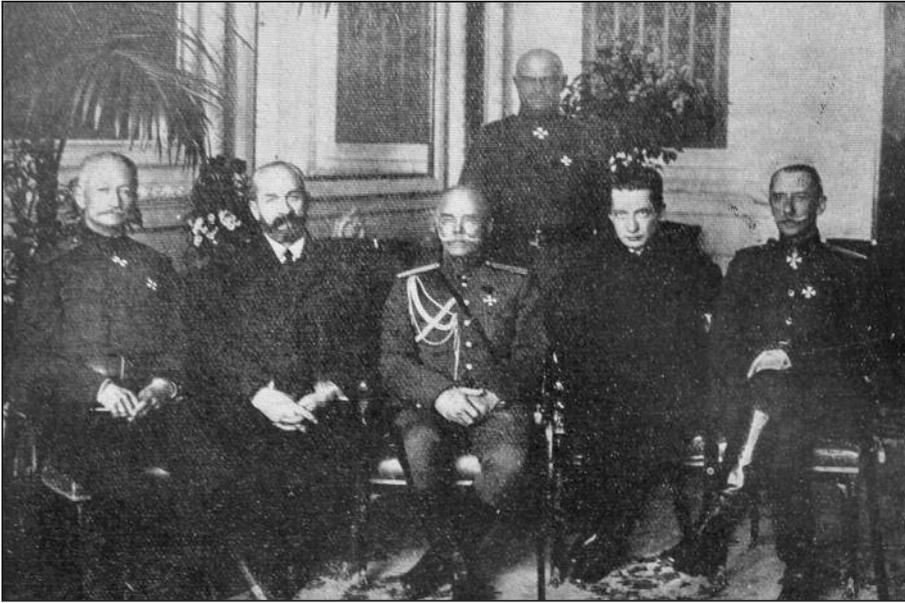
schränken. Die Doppelherrschaft widerspiegelte ein Interim in der Entwicklung der Revolution, in dem diese zwar über die „normale“ bürgerlich-demokratische Umwälzung schon hinausgegangen, aber noch nicht zur alleinigen Herrschaft des Proletariats und der Bauernschaft gelang war. Sie enthielt unüberbrückbare Widersprüche und konnte deshalb nicht lange dauern. Im Juli 1917 ging sie zu Ende, als das Zentrale Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und das Exekutivkomitee des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten, beide nach wie vor dominiert von den Sozialrevolutionären und Menschewiki, erklärten, dass sie die unbegrenzte Vollmacht der Provisorischen Regierung anerkennen. Die gesamte Macht ging an die Bourgeoisie über. Diesen Zustand zu beenden war jetzt nur noch auf dem Weg eines bewaffneten Aufstands der werktätigen Massen möglich, und wenn es den Bolschewiki als der einzig konsequent revolutionären Partei gelang, in den Sowjets die Mehrheit zu erobern, dann war auch das Schicksal des bürgerlichen Regimes besiegelt.

Herstellung der bürgerlichen Demokratie

Eine Regierung, die durch Revolution an die Macht kommt, übernimmt von jenen Bevölkerungsschichten, die den Umsturz bewerkstelligt haben, ein bestimmtes Mandat. Sie muss sich verpflichten, einen neuen Kurs einzuschlagen, den Aufbau einer neuen Ordnung in Angriff zu nehmen, mit dem Ziel, jene Hoffnungen zu verwirklichen, von denen die Erhebung des Volkes getragen war.

Die Provisorische Regierung setzte daher auf politischem Gebiet Maßnahmen, die den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie entsprachen und – nach den Worten Lenins – Russland mit einem Schlag zum „freiesten Land der Welt“ machten. Rechte wie die Versammlungs-, Demonstrations-, Rede- und Pressefreiheit wurden verwirklicht. Überall schossen politische Organisationen, Zeitungen, Gewerkschaftsverbände, Kultur- und Bildungsvereine, Arbeitergenossenschaften usw. wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden. Die Verkündung einer politischen Amnestie gab verfolgten Revolutionären die Möglichkeit, aus den Gefängnissen und sibirischen Verbannungsorten an die Brennpunkte der Klassenauseinandersetzungen zurückzukehren. Dazu gehörten von den Bolschewiki Swerdlow, Stalin, Kamenew, Dzierżyński, Ordshonikidse, Petrowski und andere. Emigranten wie Lenin, Trotzki, Sinowjew, Martow und Bucharin konnten ebenfalls nach Russland wieder einreisen. Den Bolschewiki wurde von den ersten Tagen ihrer nun legalen Tätigkeit an gestattet, ihre Zeitungen wieder herauszugeben und neue Presseorgane zu gründen. Als erstes Blatt erschien am 18. März die *Prawda* in Petrograd. Bis Juli 1917 gelang es, die Veröffentlichung von nicht weniger als 50 Zeitungen in Gang zu bringen, in Moskau, Kronstadt, Kiew, Baku, Tiflis, Charkow, Nishni Nowgorod usw. Die bolschewistische Presse spielte in der Periode der Doppelherrschaft eine gewichtige Rolle bei der Propagierung des Leninschen Kurses auf die sozialistische Revolution.

Die Versammlungsfreiheit äußerte sich auf den Straßen in unzähligen Kundge-



In der Mitte von links nach rechts: Fürst Lwow, General Alexejew und Kerenski

bungen, Meetings und Demonstrationen. Man berauschte sich an den demokratischen Freiheitsrechten, in deren Genuss das russische Volk nun gelangte, und war stolz darauf, in dieser Hinsicht das kaiserliche Deutschland und das habsburgische Österreich-Ungarn bereits in den Schatten gestellt zu haben.

Das proklamierte Vereinsrecht führte dazu, dass im März/April 1917 an die 130 Gewerkschaften entstanden, die rasch zu Massenorganisationen der Metall- und Textilarbeiter, der Eisenbahner und Drucker wurden. Auf Betriebsebene bildeten sich von den Belegschaften gewählte Betriebskomitees, eine neue, in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung noch nicht dagewesene Klassenkampforganisation, Vorläufer der mittel- und westeuropäischen Betriebsräte. Sie nahmen auf innerbetriebliche Fragen wie Arbeitsordnung, Arbeitspausen, Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften Einfluss, schränkten die Allmacht der Fabrikherren ein und übernahmen oft auch die Kontrolle über die Verteilung der Roh- und Brennstoffe sowie der Nahrungsmittel.

Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen der Revolution zählte das Abkommen vom 23. März 1917 zwischen dem Petrograder Sowjet und dem Petrograder Unternehmerverband über die Einführung des Achtstundentages in den Betrieben der Hauptstadt. Moskau und weitere Industriezentren folgten dem Beispiel in den Tagen danach. Unter dem Druck der Arbeiterschaft dazu gezwungen, suchten die Kapitalisten diese Regelung nach Kräften zu sabotieren, unter anderem durch Nötigung der ArbeiterInnen zur Leistung „freiwilliger“ Über-

stunden im Sinne „patriotischer Pflichterfüllung“ gegenüber der neuen demokratischen Ordnung. Dennoch kam es im März/April 1917 in den meisten Betrieben Russlands zur Durchsetzung des Achtstundentages, ohne dass er allerdings von der Regierung legislativ verankert worden wäre.

In der Massenwirksamkeit nicht zu unterschätzen waren schließlich auch Schritte, die die Provisorische Regierung in anderen Bereichen setzte. Am 17. März wurde die vom Zarismus in mehreren Punkten missachtete Verfassung Finnlands wiederhergestellt und gegen zaristische Beamte, die dort ungesetzliche Handlungen begangen hatten, ein Strafverfahren eröffnet. Am 20. März erließ man den offiziellen Haftbefehl gegen Nikolaus II. und seine Familie; die Kronüter und Apanagen der Romanows wurden verstaatlicht. Am 25. März dekretierte man die Abschaffung der Todesstrafe, und am 2. April erfolgte die Proklamation der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse.

Diese freiheitlichen Fanfarenstöße der jungen Demokratie wurden jedoch durch ureigenste Klasseninteressen der russischen Bourgeoisie und Gutsbesitzer konterkariert, die es unmöglich machten, die erwünschte Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft herbeizuführen.

Republikanisches Russland und Krieg

Die imperialistischen Motive, unter deren Einfluss Russland sich als Bündnispartner der Entente zur Teilnahme am Krieg 1914 entschlossen hatte, waren nicht aus dem Wesen des zaristischen Regimes hervorgegangen und konnten

infolgedessen mit der Beseitigung dieser Staatsform auch nicht verschwinden. Dieselben Interessen, die Russland in den Krieg gestürzt hatten, erheischten jetzt die konsequente Weiterführung des Krieges. In einer ihrer ersten Erklärungen versicherte die Provisorische Regierung den verbündeten Mächten, sie werde alle sich aus den Militärabkommen der zaristischen Regierung ergebenden Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen und bekräftigte in einem Aufruf an die russische Bevölkerung, dass sie alles daransetzen werde, den Krieg „bis zum siegreichen Ende“ weiterzuführen. Dabei bemäntelte die Bourgeoisie ihren Kurs auf Fortsetzung des Krieges mit Phrasen von der Notwendigkeit, die Errungenschaften der Februarrevolution zu verteidigen. Auf patriotische Gefühle spekulierend forderte sie die Arbeiter und Bauern auf, die Klassengegensätze zu vergessen und sich schützend vor das Vaterland zu stellen. Nur das Zerschmettern der äußeren Feinde, so versicherte sie, würde das Gedeihen eines „neuen, freien Russland“ gewährleisten.

An der weiteren Teilnahme Russlands am Krieg waren selbstverständlich auch die Ententemächte interessiert, die überdies wussten, dass die russische Großbourgeoisie finanziell viel zu stark an sie gebunden war, um einen schroffen Bündnisbruch ins Auge fassen zu können. Russland sollte den Alliierten militärisch weiterhin von Nutzen sein, zum mindesten dadurch, dass es deutsche Truppen an der Ostfront festhielt. War der Krieg einmal zu Ende, so sollte Russland, erschöpft und hilfsbedürftig, als Investitionsfeld für das expansionsstüchtige Kapital der siegreichen Westmächte dienen.

Die Politik der Kriegsfortsetzung konnte die Provisorische Regierung nur mit Hilfe der Sozialrevolutionäre und Menschewiki in den Sowjets betreiben. Sie waren es, die die Arbeiter, Soldaten und Bauern davon zu überzeugen suchten, dass sich der Charakter des Krieges mit dem Sieg der Februarrevolution verändert habe, dass er kein imperialistischer Krieg mehr sei. Auf diese Weise wurde die zugkräftige Losung von der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ aufs Tapet gebracht, die sich beide Organe der Doppelherrschaft zu Eigen machten. Zur propagandistischen Ergänzung und Präzisierung erhob der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat am 27. März in einem „Aufruf an die Völker der Welt“ die Forderung nach einem schleunigen Abschluss eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf

der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker. Außenminister Miljukow machte das in einer Note an die Ententemächte mit der Interpretation schmackhaft, dass der Aufruf ebenso Ausdruck des Willens des gesamten russischen Volkes sei, den Krieg „bis zum entscheidenden Sieg fortzusetzen“.

Die Parole von der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ verfehlte ihre Wirkung nicht, weil sie dem ehrlichen Wunsch der Massen nach Schutz der Heimat scheinbar entgegenkam und sehr viele Menschen noch nicht in der Lage waren, die Interessen des Landes von denen der Bourgeoisie zu unterscheiden. Nur so ist verständlich, warum es der Provisorischen Regierung im Juni 1917 gelang, die Soldaten noch einmal zu einer großen Angriffsoperation, der „Kerenski-Offensive“, zu motivieren. Erst ihr Scheitern sollte das Blatt wenden und die Antikriegsstimmungen erneut verstärken.

Der Kurs der russischen Bourgeoisie auf Fortsetzung des Krieges war neben der ungelösten Agrarfrage einer der entscheidenden Gründe für das ab September 1917 rasant verlaufende Anwachsen des Einflusses der Bolschewiki auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernmassen und damit für den Sieg der Oktoberrevolution.

Republikanische Regierung und Bauern

Jedem in Russland, schon gar nicht der Provisorischen Regierung, konnte 1917 verborgen bleiben, dass es für die Bauern kein dringlicheres Problem gab als das einer für den Lebensunterhalt genügenden Bodenzuteilung. Die Minister im Kabinett Lwow, Leute wie Gutschkow und Miljukow, wussten, dass die Bauern den Gutsbesitzern jährlich Pachtzinsen in der Höhe von etwa 400 Millionen Rubel zu entrichten hatten, dass der Gedanke einer gewaltsamen Aufteilung des Großgrundbesitzes förmlich in der Luft lag und dass im Bauernstand, namentlich in der Dorfarmut, eine unheimliche Explosivkraft latent vorhanden war. Dennoch tat die Regierung wenig bis nichts, um der Landbevölkerung die Gewissheit einzuflößen, dass das neue Regime sich ihrer vitalen Interessen ernsthaft annehmen werde.

Von einem Kabinett, das die Anliegen der Gutsbesitzer und Kapitalisten vertrat, war eine andere, weniger kurzfristige Haltung freilich auch kaum zu erwarten. Eine Expropriation des großen Grundeigentums zugunsten der Bauern hätte nicht nur die Gutsbesitzer getroffen, sondern auch die Banken, die ihnen insgesamt an die 3,7 Milliarden Rubel hypothe-

karisch geliehen hatten. Über die Hälfte der Gutsbesitzerländereien war den Banken verpfändet. Ihre Konfiskation und Übergabe an die Bauern wäre gleichbedeutend mit einer Konfiskation beträchtlicher Kapitalien der Bourgeoisie gewesen.

Zum Zweck der Beschwichtigung erklärten die Kadetten, dass sie die teilweise Enteignung der gutsherrlichen Ländereien zugunsten der Bauern gegen eine Entschädigung „als im Prinzip möglich“ anerkennen. Gemeint war damit allerdings der Loskauf auf Rechnung des Staates, was in Wirklichkeit auf Kosten des Volkes hieß. Eine Realisierung des kadettischen Agrarprogramms hätte den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie große Profite eingebracht. Aufgrund der Loskaufurkunden, welche die Gutsbesitzer für die ihnen weggenommenen Ländereien erhalten sollten, wären ihnen jährlich gewaltige Summen an Zinsen zugeflossen, die zum Teil vom Staat und zum Teil von den Bauern als Bodensteuer aufgebracht werden sollten. Nach Berechnungen wäre diese Steuer nicht geringer gewesen als der Pachtzins für den gleichen Boden. Bodensteuer statt Pachtzins – das war alles, was das kadettische Programm den Bauern verhieß. Dafür gewährleistete es den Gutsbesitzern sichere Einkünfte.

Ganz unbeachtet konnte man indes die Forderungen der Bauernbewegung nicht lassen. Während Ministerpräsident Lwow den Gouvernementskommissaren der Provisorischen Regierung den Befehl erteilte, die in mehreren Bezirken des Landes ausgebrochenen Bauernunruhen gewaltsam („bis zur Anforderung von Militär“) niederzuwerfen, versuchte man gleichzeitig, die Bauern mit kleinen Zugeständnissen zu beschwichtigen. Durch Dekret wurde der Landbesitz der Zarenfamilie konfisziert und die Schaffung von „Bodenkomitees“ zur Vorbereitung einer späteren Agrarreform verkündet. Den Bodenkomitees oblag primär die Schlichtung von Streitigkeiten und „Missverständnissen“ zwischen Bauern und Gutsbesitzern „innerhalb der Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen“, im Klartext solcher aus der Zarenzeit vor der Revolution. Weil die Volksmassen forderten, das Getreide bei denen zu beschlagnahmen, die sich an der Hungersituation bereicherten, musste die Regierung Anfang April 1917 ein Gesetz erlassen, das vorschrieb, dass überschüssiges Getreide über eine bestimmte Norm hinaus zu festen Preisen an den Staat abzuliefern sei. Das staatliche Getreidemonopol blieb jedoch ein Stück Papier. Es wurde vom Be-

amtenapparat sabotiert, um den Gutsbesitzern keinen Schaden zuzufügen.

Auf dem flachen Land kam mittlerweile – langsamer und zögernder als bei den Arbeitern und Soldaten, aber doch – die Bildung von Bauernsowjets in Gang. Auf Versammlungen wurden in Amtsbezirken und Dörfern Sowjets gewählt, die Vertreter in die Bezirks- und Gouvernementssowjets entsandten und schließlich in einen gesamtrussischen Sowjet der Bauerndeputierten. Er trat erstmals als Kongress vom 19. Mai bis 10. Juni 1917 in Petrograd zusammen. Die Mehrheit der 1115 Delegierten waren besser gestellte Bauern, die Dorfarmut war kaum präsent. Dementsprechend groß war die Dominanz der Kongressteilnehmer, die sich zu den Sozialrevolutionären bekannten. Beschlossen wurde, dass die Bauernsowjets die örtlichen Organe der Provisorischen Regierung lediglich „kontrollieren“ und die Landbevölkerung über die Agrarfrage „aufklären“ sollten. Der Losung der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ wurde zugestimmt, ebenso der Erklärung der Provisorischen Regierung, die Inangriffnahme des Bodenproblems bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung zu vertagen.

Etwas anders sah es auf lokaler Ebene aus. Die örtlichen Bauernsowjets entwickelten sich im weiteren Verlauf der Revolution und in dem Maße, wie sich die Rolle der Dorfarmut und von Teilen der Mittelbauern verstärkte, allmählich nach links. Der Prozess der Bolschewisierung der Bauernräte vollzog sich jedoch bedeutend langsamer als der Prozess der Bolschewisierung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Der Einfluss der Versöhnlerparteien auf dem Dorf war stärker und dauerhafter als in der Stadt. Erst der Sieg der Oktoberrevolution mit den Dekreten über den Frieden und Boden sollte das Kräfteverhältnis innerhalb der werktätigen Bauernschaft ändern und zu Beschlüssen der Bauernsowjets über die Unterstützung der sozialistischen Sowjetmacht führen.

Letztlich hat also, neben der Fortsetzung des im Volk verhassten Krieges, die Nichtdurchführung der vom Volk verlangten Bodenreform bewirkt, dass sich das bürgerliche Russland der Februarrevolution zwei Schlingen um den eigenen Hals legte, die das Ende seiner Existenz nach nur acht Monaten herbeiführten.

Lenins Rückkehr. Die Aprilthesen

Lenin befand sich in der Schweiz, als die Februarrevolution siegte. Er ent-



Rede Lenins zu den Aprilthesen vor menschowistischen und bolschewistischen Mitgliedern des Petrograder Sowjets am 17. April 1917.

schloss sich sofort, in die Heimat zurückzukehren, um in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Mehrere Wochen musste er sich damit begnügen, an seine russischen Genossen „Briefe aus der Ferne“ zu schreiben, die zum Teil in der *Prawda* veröffentlicht wurden. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten gelang es ihm, sich einen Weg nach Russland zu bahnen. Mit Hilfe des Schweizer Linkssozialisten Fritz Platten bekam er von der deutschen Regierung für sich und weitere 30 EmigrantInnen (u.a. Sinowjew, Martow, Inés Armand, seine Frau Nadeshda Krupskaja) die Erlaubnis, quer durch Deutschland in einem plombierten Zugwaggon nach Schweden zu fahren. Die Gefahr, von den politischen Gegnern deswegen des „Einverständnisses mit dem Feind“ beschuldigt und als „deutscher Agent“ diffamiert zu werden, nahm er in Kauf, weil es eine andere Möglichkeit, nach Russland zu gelangen, für ihn nicht gab.

Am Abend des 16. April 1917 traf Lenin auf dem Finnischen Bahnhof in Petrograd ein, wurde von Tausenden Arbeitern und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen unter Jubel empfangen und hielt von einem Panzerauto aus eine kurze Rede, die er mit den Worten „Es lebe die sozialistische Weltrevolution!“ schloss. Tags darauf ergriff er auf einer Parteikonferenz der Bolschewiki das Wort zu jenem berühmten Referat, das

unter dem Titel „Aprilthesen“ bzw. „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ in die Geschichte eingegangen ist.

Die Aprilthesen bestanden aus zehn Punkten und enthielten den Plan des Kampfes für das Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution. Zur Frage des Krieges erklärte Lenin, dass der Krieg auch unter der Provisorischen Regierung ein imperialistischer Krieg bleibe, der im Interesse der Bourgeoisie geführt werde, und stellte die Losung auf: „Keinerlei Zugeständnisse an die so genannte revolutionäre Vaterlandsverteidigung“.

Als Lenin auf das Verhältnis seiner Partei zur bürgerlichen Provisorischen Regierung zu sprechen kam, forderte er nicht zu ihrem sofortigen Sturz auf, weil die menschowistisch-sozialrevolutionären Sowjets sie unterstützten. Er richtete an seine Genossen den Appell, eine Politik des Misstrauens gegenüber der Provisorischen Regierung zu betreiben, beharrlich und geduldig deren volksfeindliche Politik anzuprangern, sie des Vertrauens und der Unterstützung seitens der werktätigen Massen zu berauben, sie auf diese Weise von der Macht zu entfernen und die gesamte Machtfülle in den Händen der Sowjets zu konzentrieren. In dem Zusammenhang formulierte er die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ Die Sowjets seien die einzig

mögliche Form der revolutionären Regierung in Russland, und die Aufgabe der Bolschewiki bestehe – solange ihre Vertreter in den Sowjets in der Minderheit sind – darin, die Politik der sozialrevolutionär-menschowistischen Sowjetführungen tagtäglich zu kritisieren, um im Endergebnis die Mehrheit in den Sowjets zu erobern und ihre Politik zu verändern. Damit begründete Lenin eine Orientierung, die auf die friedliche Entwicklung der Revolution in dieser Periode ausgerichtet war.

Größte theoretische und praktische Bedeutung hatte die in den Aprilthesen dargelegte politische Organisationsform der revolutionären Macht. Gestützt auf die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 kam Lenin zum Ergebnis, dass eine Republik der Sowjets „im ganzen Land, von unten bis nach oben“ einen prinzipiell neuen, höheren Staatstyp gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen System verkörpere.

In den Aprilthesen wurde auch das Programm der ökonomischen Umgestaltung Russlands formuliert. Es sei notwendig, die Arbeiterkontrolle über die gesamte Produktion und die Verteilung der Produkte einzuführen, alle Banken des Landes zu einer Nationalbank zu verschmelzen und die Kontrolle der Sowjets über sie zu errichten. Auf dem Gebiet der Agrarbeziehungen stellte Lenin Hauptforderungen auf, die den Interessen der werktätigen Bauernschaft entsprachen: Konfiskation der Gutsbesitzereiländereien, Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens, Verfügungsgewalt über den Boden in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter und Bauerndeputierten. Er unterstrich die Wichtigkeit der Schaffung besonderer Landarbeiterräte zur Organisation der Dorfarmut als eines Bündnispartners des Proletariats in der sozialistischen Revolution. Außerdem schlug er vor, Musterwirtschaften auf der Grundlage beschlagnahmter hochentwickelter großer Güter einzurichten.

Am Ende seiner Ausführungen Parteifragen behandelnd, forderte Lenin die Einberufung eines Parteitages, die Überprüfung des Programms, eine Änderung des Namens in „Kommunistische Partei“ und die Gründung einer neuen, III. Kommunistischen Internationale.

Lenins Aprilthesen stießen bei den Menschowiki und Sozialrevolutionären auf heftigen Widerspruch. Das von ihnen beherrschte Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets beschloss eine Resolu-

tion, die den Lenin'schen Plan rigoros verurteilte. Man warf ihm vor, dass er durch seine zehnjährige Abwesenheit den Kontakt mit dem russischen Volk und das Verständnis für die ihm Russland tatsächlich vorhandenen Verhältnisse verloren habe und sich wie ein Irrsinniger im Fieberwahn verhalte. Auch in der bolschewistischen Partei erhoben sich skeptische Stimmen. Kamenev, Rykow und einige (wenige) andere vertraten den Standpunkt, dass die bürgerlich-demokratische Umwälzung noch nicht beendet und Russland für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei. Sie nahmen die Position einer „bedingten“ Unterstützung der Provisorischen Regierung ein.

Lenin ließ sich davon nicht beeindrucken. Für ihn stand fest, dass seine Thesen eine Massenstimmung vorwegnahmen, die noch nicht da war, aber bald kommen musste. Im Sinne der Aprilthesen entfalteten die Bolschewiki unter der nunmehrigen festen Führung Lenins auf zahlreichen Arbeitermeetings eine intensive Propaganda. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Losungen „Alle Macht den Sowjets!“ und „Nieder mit dem Krieg!“ fanden immer mehr Anklang. Die Mitgliederzahl der Bolschewiki stieg von 24.000 im März auf 100.000 im Mai und auf eine Viertelmillion im Sommer 1917.

Das mit Lenins Ankunft in Petrograd am 16. April 1917 verbundene direkte Eingreifen seiner Person in den Lauf der Entwicklung wog nicht minder schwer als die objektiven Gegebenheiten der in Russland vorhandenen Klassenkonstellation. Als genialer, alle anderen an Denkkraft und Willenskraft überragender Revolutionär war er nicht nur in der Lage zu erkennen, was die Massen wollten, sondern wusste auch, welchen Weg man einschlagen musste, um die Macht der russischen Bourgeoisie und Gutsbesitzer aus den Angeln heben zu können.

Skizze der Entwicklung bis zum Ende der Doppelherrschaft

Nur kurze Zeit nach Lenins Rückkehr geriet die Provisorische Regierung in eine Krise. Ausgelöst wurde sie durch eine Note des Außenministers Miljukow an die Verbündeten, in der in kaum verschleierte Form die Kriegsziele der russischen Bourgeoisie zum Ausdruck kamen (Eroberung Konstantinopels, Annexion Nordpersiens und des türkischen Armeniens). Es erhob sich ein Proteststurm unter den Arbeitern und Soldaten in Petrograd, Moskau, Nishni Nowgorod, Charkow und anderen Städten. Am 3. und 4. Mai 1917 gingen über



Auf die Julidemonstranten wird auf Befehl der Provisorischen Regierung das Feuer eröffnet (17. Juli 1917).

100.000 Menschen mit den Losungen „Nieder mit der Eroberungspolitik!“ und „Die Geheimverträge veröffentlichen!“ auf die Straße. Der Plan Kornilows, des Oberkommandierenden des Petrograder Militärbezirks, Artillerie gegen die Demonstranten einzusetzen, scheiterte, weil sich die Soldaten und Offiziere weigerten, dem Befehl zu gehorchen. Es zeigte sich, dass die bürgerliche Regierung weder eine Stütze in den Massen mehr hatte noch über ausreichende militärische Kräfte verfügte.

Um die Lage zu retten, beschlossen die Führer der Bourgeoisie zu manövrieren. Die beim Volk am meisten verhassten Minister Miljukow und Gutschkow wurden aus der Regierung entfernt, während man deren Autorität durch Aufnahme von Vertretern des Petrograder Sowjets in das Kabinett zu festigen suchte. Am 19. Mai übernahmen nach langwierigen Verhandlungen von den Sozialrevolutionären Kerenski das Kriegs- und Marineressort und Tschernow das Ministerium für Landwirtschaft, von den Menschewiki Skobelew das Arbeitsministerium und Zereteli das Ressort für Post- und Fernmeldewesen.

Die neue Koalitionsregierung, von den Paktiererparteien als „Sieg der revolutionären Demokratie“ und großes Zugeständnis der Bourgeoisie hingestellt, wich von der Politik Gutschkows und Miljukows nur dekorativ, real aber nicht um einen Jota ab. Landwirtschaftsminister Tschernow setzte auf Weisung des Ministerpräsidenten Lwow gehorsam den Kampf gegen die Bauern fort, wo immer

sie sich an gutsherrlichem Eigentum vergriffen, Arbeitsminister Skobelew ließ die Forderungen nach Lohnerhöhungen unerfüllt und entschied Arbeitskonflikte stets zugunsten der Kapitalisten.

Es liegt auf der Hand, dass das der Erbitterung und wachsenden Unzufriedenheit unter den Massen keinen Einhalt gebieten konnte. Bei den Neuwahlen zu den Sowjets im Mai und Juni 1917 eroberten die Bolschewiki in Petrograd bereits rund die Hälfte der Sitze in der Arbeitersektion und etwa ein Viertel in der Soldatensektion. Als der I. Gesamtrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 16. Juni in Petrograd zusammentrat, waren von den 777 Delegierten, die ihre Parteizugehörigkeit angaben, 105 Bolschewiki, 285 Sozialrevolutionäre und 248 Menschewiki.

Auf dem Kongress, bei dem sich die Führer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre intensiv bemühten, die Notwendigkeit der Koalition mit der Bourgeoisie zu begründen, kam es zu einer berühmt gewordenen Szene. Als der Menschewik Zereteli erklärte, es gäbe in Russland keine politische Partei, die die gesamte Staatsmacht übernehmen könne, rief Lenin lautstark dazwischen: „Doch, es gibt eine solche Partei!“ In seiner Rede am 17. Juni bekräftigte Lenin das und sagte, dass die Bolschewiki bereit seien, die Macht auf der Grundlage des neuen Staatstyps der Räte zu übernehmen und ihr Programm in die Tat umzusetzen. Mühevoller als früher, aber doch, vermochten die Paktiererkräfte eine Resolution durchzusetzen, die der Koalitions-

17. Gedenkfahrt nach Engerau

Die *Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* führt jedes Jahr eine Gedenkfahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (Petržalka) in Bratislava durch. Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt. 2017 steht auch die Enthüllung einer Gedenktafel für die Opfer des Lagers Engerau am Restaurant Leberfinger am Programm.

Programm

10.00 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof von Petržalka

11.00–12.45 Auf den Spuren des ehemaligen Lagers Engerau in Petržalka

Historische Einleitung und Begleitung:
Dr. Maroš Borský, Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider, Dr.ⁱⁿ Eleonore Lappin

12.45–14.15 Mittagspause

14.30 Enthüllung der Gedenktafel für die ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau am Restaurant Leberfinger

Ansprachen von Dr.ⁱⁿ Lucia Žitňanská (Justizministerin Slowakei), Dr. Wolfgang Brandstetter (Justizminister Österreich), Dr. László Trócsányi (Justizminister Ungarn)

16.30 Gedenkkundgebung in Wolfsthal, Begrüßung: Bgm. Schödinger



Mittwoch, 29. März 2017

Abfahrt: 8.45, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
(beim Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung)

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
claudia.kuretsidis@doew.at
Weitere Informationen: www.doew.at

regierung das Vertrauen aussprach, die „Vaterlandsverteidigung“ billigte und die Vorbereitung einer Offensive an der Front sanktionierte.

Nun spitzte sich die politische Situation rasch zu. Am 1. Juli 1917 nahmen in Petrograd 500.000 Menschen an einer Demonstration teil, die unter bolschewistischen Losungen marschierte. Die bürgerlichen Kreise waren um diese Zeit bereits zur Erkenntnis gelangt, dass die Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit ihren Überredungskünsten nicht mehr in der Lage waren, die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten, und dass das einzig wirksame Kampfmittel dagegen die Gewalt sei. Große Hoffnungen setzte man in dem Zusammenhang auf einen Erfolg der „Kerenski-Offensive“. Das militärische Abenteuer brach jedoch nach geringen Anfangserfolgen zusammen, kostete der russischen Armee 60.000 Menschenleben und führte zur noch schnelleren Überwindung aller Illusionen über die „Vaterlandsverteidigung“. Die Niederlage an der Front sah hingegen die Bourgeoisie als geeigneten Anlass an, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aufzufordern, nun endlich von „Redereien“ zur Politik der Repressalien überzugehen und durch Abwälzen der Schuld am militärischen Misserfolg auf die Bolschewiki die Partei Lenins zu zerschlagen.

Am 16. Juli 1917 kam das Fass auf beiden Seiten zum Überlaufen, als Soldaten des 1. Maschinengewehrregiments, das sich unter starkem Einfluss von Anarchisten befand, eine bewaffnete Demonstration in der Hauptstadt ankündigten. Das Zentralkomitee der Bolschewiki hatte aber aus einer Analyse der Situation die Erkenntnis gewonnen, dass die entscheidende revolutionäre Krise noch nicht herangereift sei. Die Bolschewiki verfügten im Petrograder und Moskauer Sowjet noch über keine Mehrheit, und es war zu befürchten, dass eine isoliert bleibende Aktion in Petrograd den Plänen der Konterrevolution Vorschub leisten könnte. Deshalb wurde von Zentralkomitee der Beschluss gefasst, der am 17. Juli stattfindenden Demonstration einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen und mit diesem Ziel an deren Spitze zu treten.

Die bürgerliche Regierung, gestützt auf treue Offiziersschüler und Kosakentruppen, sah die Dinge anders und gab den Befehl, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen, die man der „bolschewistischen Verschwörung“ und „Meuterei“ bezichtigte. Mehr als 400 Menschen wurden getötet. Man verhängte über Petro-

grad den Kriegszustand, ließ zahlreiche Bolschewiki und revolutionäre Arbeiter verhaften, die Truppeneinheiten auflösen, die an der Demonstration teilgenommen hatten und durch konterrevolutionäre Abteilungen die Druckerei der „Prawda“ demolieren. Gegen Lenin erging ein Haftbefehl wegen „Hochverrats“. Das Zentralkomitee ordnete an, ihn in die Illegalität zu schicken und gab ihm den Auftrag, sich in Finnland zu verbergen.

Am 21. Juli 1917 wurde Kerenski unter Beibehaltung seiner Funktion als Kriegs- und Marineminister Regierungschef. Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets pries das neue Kabinett als Regierung „zur Rettung der Revolution“ und gestand ihr „unumschränkte Vollmachten und unbegrenzte Macht“ zu. Kerenski führte an der Front die Todesstrafe wieder ein, ließ militärische Feldgerichte einrichten und eine militärische Vorzensur verhängen.

Damit war die Macht in Russland völlig an die konterrevolutionäre Regierung übergegangen und die Periode der Doppelherrschaft beendet. Man hielt die bolschewistische Bewegung für erledigt. Tatsächlich waren aber die Quellen, aus der sie ihre Kräfte schöpfte, keineswegs versiegt, denn kein einziges der akuten Probleme Russlands konnte als gelöst betrachtet werden. Die weitere Entwicklung gehört bereits der unmittelbaren Vorgeschichte der Oktoberrevolution an und soll in anderem Zusammenhang zur Darstellung kommen.

Literatur:

- J. Martow/Th. Dan: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926.
Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917. Berlin 1928.
W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Bd. 20: Die Revolution von 1917. Wien, Berlin 1928.
Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR, Bd. 1: Die Vorbereitung der großen proletarischen Revolution. Strasbourg 1937.
W. I. Lenin: Werke, Bd. 23–25. Berlin 1957ff.
Weltgeschichte, Bd. 7. Berlin 1965.
Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. 3. Moskau 1971.
W. I. Lenin: Biographie. Berlin 1971.
I. B. Berchin: Geschichte der UdSSR 1917–1970. Berlin 1972.
Lexikon der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Leipzig 1976.
Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Berlin 1977.
Valentin Gitermann: Geschichte Russlands, Bd. 3. Frankfurt/M. 1987.
Die Kerenski-Memoiren. Russland und der Wendepunkt der Geschichte. Reinbek 1989.